

## Presseinformation

Nr. 337 / 2014

Kiel, Donnerstag, 31. Juli 2014

**Wolfgang Kubicki**, MdL  
Vorsitzender

**Christopher Vogt**, MdL  
Stellvertretender Vorsitzender

**Dr. Heiner Garg**, MdL  
Parlamentarischer Geschäftsführer

Gesundheit / Geburtshilfe

### Anita Klahn: Schließung der Geburtshilfe in Oldenburg ist unverantwortlich

Zur Schließung der Geburtshilfe in Oldenburg am 01. August 2014 erklärt die familienpolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, **Anita Klahn**:

„Die Landesregierung hat im Zusammenhang mit der Schließung der Geburtshilfe in Oldenburg auf ganzer Linie versagt. Sowohl Ministerin Alheit als auch Staatssekretärin Langner erklären wortreich, warum eine Verlagerung der Geburtsstation von Oldenburg nach Eutin unabwendbar sei. Dabei haben beide nicht einmal versucht, einen Sicherstellungszuschlag zu verhandeln, der per Letztentscheid hätte durchgesetzt werden können – ähnlich demjenigen, der jüngst in Lübeck die Einrichtung von 22 neurologischen Betten ermöglicht hatte, deren Notwendigkeit durchaus zweifelhaft ist.

Warum die Ministerin dieses Mittel des Letztentscheides für die Familien in Oldenburg jedoch nicht angewendet hat, bleibt rätselhaft und ist das Gegenteil von regional verantwortungsvoller Gesundheitspolitik. Von Ärzten und Wissenschaftlern wurde gut begründet, warum eine Schließung der Geburtshilfe in Oldenburg unter dem Aspekt der Versorgungssicherheit nicht vertretbar ist. Allein Anfahrtswege von über 30 Minuten zur Geburtsklinik wären bundesweit einmalig.

Der Landtag hat einstimmig beschlossen, dass die Geburtshilfe in Oldenburg nicht zum 01. August geschlossen werden soll, da noch zu viele offene Fragen bei medizinischen Notfällen bestehen und auch kein abgestimmtes Rettungs- und Versorgungskonzept für die Schwangeren vorliegt. Die Sozial-, Familien- und Gesundheitsministerin Alheit ist jetzt in der Pflicht, dafür Sorge zu tragen, dass im Gespräch mit den Sana Kliniken Ostholstein eine Lösung gefunden wird, damit schnellstmöglich zumindest die bestehenden Lücken im Rettungs- und Versorgungskonzept geschlossen werden. Alles ande-

re wäre völlig unverantwortlich gegenüber den Schwangeren. Eine Abwälzung von Verantwortlichkeiten darf es vonseiten der Landesregierung nicht mehr geben.

Gleichwohl bleibt die FDP-Fraktion dabei, dass die Schließung der Geburtshilfe in Oldenburg so nicht vertretbar ist. Wir werden diesen Vorgang parlamentarisch weiter begleiten.“